

CONSILIUM CONFERENTIARUM EPISCOPORUM EUROPAE (CCEE)

Sekretariat: CH-9000 St. Gallen, Gallusstr. 24, Tel. ++41 71 2273-374; Fax 2273-375; Email: ccee@cc ee.ch

Ergebnisse der sechsten Konsultation der Umweltbeauftragten der europäischen Bischofskonferenzen zu "GEMEINSAME SCHÖPFUNGSVERANTWORTUNG DER KIRCHEN UND RELIGIONEN" Namur/Belgien 3.–6. Juni 2004

Rund 60 Delegierte aus 22 Ländern haben an der kirchlichen Konsultation zu Umweltfragen teilgenommen, die vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) in Kooperation mit der Diözese Namur organisiert wurden. Sie fand auf Einladung der Belgischen Bischofskonferenz und von Bischof André-Mutien Léonard vom 3. bis 6. Juni 2004 in Namur zum Thema „Gemeinsame Schöpfungsverantwortung der Kirchen und Religionen“ statt.

Die Konsultation war der Abschluss eines sechsjährigen Zyklus von Begegnungen, die von der CCEE organisiert wurden. An den Beratungen nahmen auch Vertreter des Heiligen Stuhls, des Päpstlichen Rates Justitia et Pax, der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (ComECE), der Europäischen Christlichen Umweltnetzwerks (ECEN) und der Vereinigung der Katholischen Orden Europas (UCESM) teil. Die Hauptbeiträge wurden von Vertretern der christlichen Kirchen und der Weltreligionen präsentiert¹. Im Rahmen der Konsultation fanden eine ökumenische Feier in der Aube bei Chevetogne und eine Begegnung mit den Akteuren des lokalen Bildungs-, Ökologie- und Sozialprojektes „La Bergerie de la Forêt“ in Philippeville statt.

Aus den Beratungen ergab sich folgende zentrale Schlussfolgerungen:

1. In der Einschätzung der ökologischen Probleme gibt es zwischen den grossen christlichen Kirchen eine weitgehende Übereinstimmung: Alle sehen in der Schöpfungsverantwortung eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, für Friedenssicherung und damit auch für das christliche Zeugnis in moderner Gesellschaft. Unterschiedliche Zugänge und Gewichtungen werden dabei als Bereicherung für den Dialog erfahren: So heben die protestantischen Kirchen gegenüber einer Überschätzung des „Machbaren“ die bleibende Sündigkeit des Menschen und die Angewiesenheit auf Gottes Gnade hervor; die orthodoxe Kirche betont das allgemeine Priestertum des Menschen, das eine Haltung der Ehrfurcht im Umgang mit der Schöpfung begründet; in der katholischen Auffassung wird die Eucharistie als Paradigma angesehen, in dem durch den Dank für die Gaben der Schöpfung und der menschlichen Arbeit ein Gleichgewicht zwischen Natur und Kultur gefunden und das Geheimnis Christi in der Schöpfung vergegenwärtigt wird. Die Charta Oecumenica ist eine gute Basis der Zusammenarbeit in versöhnter Verschiedenheit, bei der sich die Vielfalt dieser Ansätze fruchtbar ergänzt.
2. Auch im interreligiösen Dialog lassen sich weitgehende Übereinstimmungen in der Wahrnehmung und Beurteilung von Umweltproblemen feststellen: Das Judentum betont den hohen Stellenwert der Natur in biblischen und talmudischen Geboten; der Islam vermittelt als Selbster, sondern Verwalter der Erde ist; der Buddhismus legt den Akzent auf das innere Leben als Voraussetzung für Glück und Harmonie mit der Natur und vermeidet so eine Haltung des Konsumismus. In der christlichen Tradition wird u.a. die Humanökologie betont, die kulturell und sozial gestaltete Umwelten des Menschen einbezieht. Sie erkennt den Eigenwert aller n geschaffenen Lebens an, ohne die Natur unmittelbar religiös zu verehren oder die besondere Würde des Menschen zu relativieren.
Der Dialog beginnt mit dem Zuhören und dem ehrlichen Bemühen um das Verstehen des Anderen. Ermussaberauch die kritischen Fragen wie ez. B. die Frage der Gewalt einbeziehen.

¹ C. Chalkiadakis als Vertreter der Metropolit Emmanuel Adamakis vom ökumenischen Patriarchat, Dr. L. Vischer von der Reformierten Kirche der Schweiz und dem ECEN, P. Kelly, Erzbischof von Liverpool, A. Guigui, Grossrabbiner von Brüssel, M. Mahi Jacoub, Professor für islamische Religion, Lama Karta, Vertreter des Tibetanischen Buddhismus, P. G. Gilbert aus Frankreich, Prof. M. Vogt, Sozialethiker aus Deutschland, Dr. F. Jakobs vom Ausschuss für Umweltfragen des Europäischen Parlamentes und Erzbischof Faustino Sainz Munoz, Päpstlicher Nuntius beider EU.

Der ökumenische und interreligiöse Dialog ist ein notwendiges Element auf dem Weg zu Frieden und ökologischer Verantwortung: Ohne interkulturelle Verständigung über gerechte Verteilung und Schutz der Ressourcen der Schöpfung gibt es keinen Frieden. Denn hinter zahlreichen Konflikten stehen Verteilungsprobleme von natürlichen Ressourcen (Wasser, Öl und Ackerland). Ein intensiver Dialog und konkrete Aktionen sind notwendig, damit die ökologischen Konflikte nicht auf religiöser Ebene ausgetragen werden. Um jede Ambivalenz der monotheistischen Religionen gegenüber Gewalt zu verhindern, wird der interreligiöse und ökumenische Dialog zur entscheidenden Voraussetzung für Frieden und Nachhaltigkeit. Eine besondere Bedeutung gewinnt dabei der Dialog zwischen Christen und Muslimen.

3. Erfahrungsberichte aus der Praxis zeigten eine grosse Ungleichzeitigkeit zwischen Ost- und Westeuropa hinsichtlich der Dialogbereitschaft: So sind die Kirchen in Osteuropa auf Grund ihrer historischen Situation eher noch in einem Prozess des Aufbaus eigener Strukturen in Auseinandersetzung mit dem unseligen Erbe des kommunistischen Regimes, während sich der ökumenische Dialog in den konfessionell gemischten Ländern Westeuropas als eine entscheidende Basis praktischer Schöpfungsverantwortung etabliert hat, z.B. in den Bereichen Umweltbildung, Umweltmanagement, nachhaltige Landwirtschaft oder ökologische Geldanlagen.

In der säkularen Gesellschaft sehen die Kirchen den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen als zentrale Herausforderung der Schöpfungsverantwortung. Er bietet gute Chancen, die Zeichen der Zeit präziser zu deuten und fachlich kompetente Kooperationspartner zu finden. Umweltthemen stellen eine fruchtbare Grundlage für den Dialog und das Zusammentreffen mit verschiedenen Gesellschaftsgruppen, Nichtglaubenden und Agnostikern dar. Dabei gilt es, den Schatz christlicher Spiritualität neu in seiner Aktualität zu entdecken, zu leben und zu kommunizieren.

4. Da die Umweltprobleme global sind, müssen auch die Lösungen global sein. Zugleich bedürfen die ethischen Maximen, politischen Entscheidungen und praktischen Handlungsansätze im Sinne des Subsidiaritätsprinzips seiner Verwurzelung auf lokaler Ebene. Die Kirchen haben dazu eine besondere Verpflichtung und einzigartige Chance, weil sie auf allen Ebenen präsent sind. Aufgrund ihres großen Potentials für langfristiges Denken, motivierende Sinnstiftung, wirksame Gemeinschaftsbildung und praktische Solidarität sind die Kirchen und Religionen natürliche Verbündete einer verantwortlichen Nachhaltigkeitspolitik.

Die in der Europäischen Verfassung garantierte Religionsfreiheit (Artikel 51) ist nicht nur auf den Bereich kultischer Handlungen anzuwenden, sondern ebenso auf die Freiheit und Verantwortung zur Mitgestaltung von Gesellschaft und Politik. Eine bewährte Strategie hierfür ist es, Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft persönlich anzusprechen. Die grundlegende Verständigung über die vielschichtigen spirituellen, ethischen, politischen und praktischen Herausforderungen der ökologischen Krise kann, so ist die Überzeugung der Versammlung, langfristig nur ökumenisch, interreligiös und im offenen Dialog mit der säkularen Gesellschaft gelingen.

5. Künftige Weiterarbeit: Für die künftige Weiterarbeit besteht eine Einladung des ECEN, an seiner Versammlung vom 4. - 10. Mai 2005 in Basel zum Thema "Christliche Beiträge zu einem nachhaltigen Europa" teilzunehmen. Künftige Konsultationen sollen im Zweijahresrhythmus und in neuer Form (kleiner, Workshops zur Erarbeitung von Stellungnahmen zu bestimmten Themen) stattfinden. Eine weitere CCEE-Konsultation sollte der Vorbereitung der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung (geplant 2007 in Rumänien) dienen. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der bisherigen Konsultationen soll erstellt und publiziert werden. Über einen Fragebogen soll europaweit der Einsatz der verschiedenen Bischofskonferenzen zur Schöpfungsverantwortung erhoben werden. Der regelmäßige Austausch und das Lebendighalten der Beziehungen über eine Newsletter, E-Konferenzen und ein Internet Ecology Forum-CCEE auch zu Praxisbeispielen wird gewünscht. Als Chance wird die Präsenz und Zusammenarbeit mit anderen europäischen Initiativen (z.B. Semaine Sociales, Settimane Sociali, Kampagne für nachhaltige Städte) gesehen. Die Zusammenarbeit mit Justitia et Pax soll verstärkt werden.

Die Texte aller Konsultationen sind im Internet des CCEE (<http://www.ccee.ch>) zugänglich.

Namur, den 6. Juni 2004